

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, liebe Mitbürger,

wir demonstrieren hier heute gegen einen drohenden neuen großen Krieg in der Region des persischen Golfs, der möglicherweise schon begonnen hat.

Unsere Kundgebung ist Teil einer internationalen Aktion „No War on Iran“, zu der von US-amerikanischen Friedensgruppen aufgerufen wird.

Die Zeichen stehen wieder auf Sturm: in die Wege geleitet sind weitere Verschärfungen der US-amerikanischen Wirtschaftssanktionen gegen Persien, und Präsident Trump drohte mit der Bombardierung von 52 ausgewählten Zielen im Iran, darunter auch kulturell besonders wertvolle Stätten in diesem historisch so reichen Land.

Das ist ein weiteres Zeichen für die Barbarisierung gerade auch der US-Kriegspolitik, - für den fortgeschrittenen Verlust an jeglichem Verantwortungsbewußtsein sogar auch für das Kulturerbe der Menschheit.

Die USA und ihre Verbündeten, haben in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Ländern im Nahen und Mittleren Osten mit grausamen Kriegen überzogen. Afghanistan seit 2001 (seit nunmehr 19 Jahren), Irak seit 2003, Libyen seit 2011, Syrien zunächst als Stellvertreterkrieg ebenfalls seit 2011. Realistische Schätzungen gehen davon aus, dass all diese fortdauernden Kriege weit mehr als eine Million Menschen das Leben gekostet haben, Millionen sind zu Flüchtlingen geworden.

Das ist die noch schlimmere Barbarei, die wir mit Schrecken verfolgen.

Und Deutschland ist Teil der militärischen Vernichtungsmaschinerie. Der Drohnen-Mord am iranischen General Soleimani wurde mit hoher Wahrscheinlichkeit über die entsprechende Relais-Station auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein gesteuert.

Ich meine: es muß eine Forderung der ganzen Friedensbewegung werden, das Truppenstationierungsabkommens mit der US-Regierung zu kündigen, um die Schließung dieser Militärbasis durchzusetzen.

Die deutsche Komplizenschaft mit dem permanenten Bruch des Völkerrechts durch die US-Regierung und andere NATO-Verbündete muß endlich aufhören.

Im Fall der Ermordung des General Soleimani sprach Volker Perthes von der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik von einem Fall von Staatsterrorismus.

Wir werden uns nicht damit abfinden, dass solche Staatsverbrechen alltäglich werden.

Zur Rechtfertigung von militärischer Aggression wird immer wieder auf die tyrannischen Regierungsformen der entsprechenden Feindstaaten verwiesen. Wir sagen: Krieg kann kein Mittel zur Durchsetzung von Menschenrechten sein, sondern ist mit seinen schrecklichen Folgen insbesondere für die Zivilbevölkerung die schlimmste Verletzung der Menschenrechte.

Ja, als Friedensbewegung setzten wir uns unmißverständlich für die Menschenrechte ein, gerade auch im eigenen Land für die Rechte von Geflüchteten! Es gibt viele Möglichkeiten auch für internationale, gewaltfreie Menschenrechtspolitik. Gegenüber Diktaturen kann auch ein altes Konzept von Egon Bahr wirksam werden: „Wandel durch Annäherung“. Dies wird umso mehr Erfolg haben, wenn der Wandel nicht nur von anderen Staaten gefordert wird, sondern auch in unserem Land endlich Raum gewinnt. - Eine vorausschauende Klimapolitik, Schluss mit der Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen, Kein Krieg für Öl!

Schließung aller Atomkraftwerke, die eben auch die Technologie für die Atomwaffen mit sich führen – das sind dringliche Forderungen, die auch die Friedensbewegung aufgreift.

Die wirklich wesentliche Sicherheit, die wir brauchen, ist eine zukunftsfähige Ökologie, ist soziale Sicherheit für alle Bürger, und ist eine friedensfähige und solidarische internationale Ordnung.

Das sind alles keine militärischen Problemstellungen, im Gegenteil: Wir fordern radikale Abrüstung, um endlich mehr Sicherheit vor einer grausamen Plage der Menschheit zu erlangen: dem Krieg.